

Vorgestellt.

Die Bundestagskandidaten Norbert Müller und Tobias Bank werden vorgestellt.

Seiten 2 und 3

Befragt.

Bürgerinnung und Bürger erzählen, was sie im Wahljahr von der Politik erwarten.

Seite 4 bis 7

Verbindend.

Anke Domscheid-Berg will Digitalisierung und Klimaschutz zusammen denken.

Seite 9

Kalendarisch.

Die Redaktion beleuchtet den internationalen Weltfriedenstag am ersten September.

Seite 12

Norbert Müller und Tobias Bank

Direktkandidaten der Wahlkreise 61 und 60



Norbert Müller: Wahlkreis 61

Kinder stärken: Armut bekämpfen, gute Bildung ermöglichen!

Mehr Gerechtigkeit: Löhne, Renten und Arbeitszeiten im Osten endlich angleichen!

Frieden schaffen: Waffenexporte stoppen!

Mehr zu und von ihm auf Seite 3



Tobias Bank: Wahlkreis 60

Sozial kompetent: Für eine solidarische Bürgerversicherung und die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin

Ökologisch im Herzen: Klimaschutz mit den Menschen, statt durch Verbote vorantreiben.

Wirtschaftlich überlegt!

Mehr zu und von ihm auf Seite 2

Kommentar

von Harald Mushack



Seit einigen Wochen bin ich Kreisvorsitzender der LINKEN in Potsdam Mittelmark. Mit vielen Ideen hat sich im neuen Kreisvorstand ein engagiertes Team gefunden. Mitten im Wahlkampf stellt sich uns die Frage, wie können wir Ihnen in den wenigen Wochen zeigen, dass es wichtig ist, der LINKEN die Stimme zu geben. Es ist wichtig, die Menschen wieder oder neu zusammenzubringen, ob in einer Genossenschaft für das Wohnen oder den Dorfladen. Es kann aber auch ein Verein sein, der eine Lobby für die Alleinerziehenden sein wird oder der Eltern zusammenbringt, die gemeinsam einen Ernährungsrat gründen, der sich um die Veränderung in der Kita-Versorgung kümmert und Aufklärungsarbeit zur nachhaltigen Ernährung leistet. Viele Themen können nur gemeinsam angepackt werden. Nur gemeinsam können wir die Möglichkeiten, die geboten werden oder die wir zusammen erarbeiten, zum Vorteil von vielen Menschen umsetzen. So kann ein Mindestlohn für öffentliche Ausschreibungen von 13 Euro dazu führen, dass „Outsourcing out“ und „In sourcing in“ ist. Mehr zum neuen Kreisvorstand auf Seite 9.

Eine neue Umfrage über die Zukunft von Stahnsdorf ist gestartet worden. Siehe Seite 7!

Informationen und Termine

Bundestagswahlkreis 60 umfasst folgende Gemeinden des Landkreises Potsdam-Mittelmark: Beelitz, Bad Belzig, Groß Kreutz (Havel), Kloster Lehnin, Seddiner See, Treuenbrietzen und Werder/Havel, Wiesenburg/ Mark sowie das Gebiet der Ämter Beetzsee, Brück, Niemege, Wusterwitz und Ziesar.

Kontakt zu Tobias Bank: DIE LINKE Tobias Bank Märkischer Platz 2 14712 Rathenow tobias.bank@die-linke.de Facebook: tobiasbank2021

Der Ortsverband „Die Linke“ Werder/Havel lädt zum 07.08.2021, dem Tag des Abwurfs der Atombombe auf Hiroshima, ab 15 Uhr zu einer Veranstaltung im Kiez Inselparadies in Petzow ein.

Tobias Bank, Direktkandidat im Wahlkreis 60, diskutiert mit Anja Mewes von der Friedensglockengesellschaft Berlin e.V. und einem aktuellen Bundestagsabgeordneten, 18 Uhr Auftritt die Folk-Punk-Band „44Leningrad“ Aktuelle Informationen unter „dielinke-werder.de“

Öffentliche Diskussionsveranstaltung am 07. September 2021 um 19 Uhr im Scala Kulturpalast in Werder mit Bundestagsdirektkandidaten der LINKEN für den Wahlkreis 60, Tobias Bank

Ein Bundestagskandidat wird vorgestellt

Mehr Steuergerechtigkeit

Wir brauchen endlich wieder eine Vermögensteuer und einen angemessenen Spitzensteuersatz, damit die Kosten des Gemeinwesens gerecht verteilt werden. In Deutschland kommen die 119 Milliarden aktuell auf ein Gesamtvermögen von über 595 Milliarden Dollar. Im Frühjahr des vergangenen Jahres waren es noch rund 501 Milliarden. Innerhalb von 18 Monaten haben trotz der Corona-Pandemie also weniger als 120 Menschen in Deutschland ihr Vermögen um 94 Milliarden steigern können. Andererseits werden Pflegekräfte mies bezahlt, immer wieder werden Schwimmbäder geschlossen, weil sie nicht wirtschaftlich sind und es kann nicht jedem Kind ein warmes Mittagessen garantieren werden. Ich halte das für ungerecht und setze mich daher für mehr Steuergerechtigkeit ein.

Geschichte im Straßenraum

Zum 100. Geburtstag seines Heimatortes Elstal hat Tobias Bank das Konzept für einen Geschichtslehrpfad entwickelt. Das Konzept sieht vor, dass Stele in Elstal aufgestellt werden, auf denen Informationen zur Lokalgeschichte zu lesen sind. Seit dem wurde jedes Jahr eine Stele zur Lokalgeschichte im öffentlichen Straßenraum aufgestellt. Die Redaktion für die Texte hat Tobias Bank, und einen Großteil der Recherche führt er selbst durch. Als aktives Mitglied des örtlichen Heimatvereins, kennt er sich in der Heimatgeschichte

gut aus und recherchiert regelmäßig nach historischen Fakten. Neben der Archiv- und Textarbeit führt er regelmäßig auch Zeitzeugengespräche.

Krankenhäuser zurück in öffentliche Hand

Seit vielen Jahren werden Krankenhäuser durch Fallpauschalen und Kostendruck in die Situation gebracht, die eigene Arbeit an betriebswirtschaftlichen Kriterien statt an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten. Pflegenotstand, die Schließung von ganzen Krankenhausstationen sowie Versorgungslücken gehören zu den Folgen. Diese sind gerade jetzt in der Corona-Krise besonders deutlich zu spüren. Für mich sind Patient:innen keine Abrechnungsziffern, die zwischen Gewinninteressen auf der einen und Sparzwang auf der anderen Seite zerrieben werden. Die bisherigen Bundesregierungen haben durch den Wettbewerb im Gesundheitswesen die Gesundheitsversorgung immer weiter ökonomisiert. Damit muss Schluss sein, denn Gesundheit ist keine Ware. Krankenhäuser sollten daher in die öffentliche Hand überführt und rekommunalisiert werden.



Solidarischen Gesundheitsversicherung

DIE LINKE möchte die Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland abschaffen und hat ein Konzept vorgelegt, welches den Krankenkassenbeitrag bei gleichbleibenden Qualität für alle senken würde. Demnach würden alle, auch die heute privat Versicherten, entsprechend ihrem gesamten Einkommen aus Löhnen, Honoraren sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen in eine Bürgerversicherung einzahlen. Der Beitrag richtet sich damit nach der finanzi-

ellen Leistungsfähigkeit: Wer wenig hat, zahlt wenig, wer mehr hat, zahlt mehr. Denn wegen der Beitragsbemessungsgrenze zahlen Gutverdienende bislang prozentual weniger Beitrag als Schlecht- und Normalverdienende.



Delegierter zum Bundesparteitag 2021

Der Historiker Tobias Bank

Seit seinem 14. Lebensjahr beschäftigt sich Tobias Bank aktiv mit Geschichte. So hat er zahlreiche Ausstellungen kuratiert, viele Zeitzeugengespräche geführt und immer wieder Texte zu zeitgeschichtlichen Themen geschrieben. Im 100. Jahr des Endes des Ersten Weltkrieges gab er eine Broschüre zum Kriegsgefangenenlager Dyrotz heraus: „Ausgeblendet und vergessen“ Damit schloss er eine Forschungslücke, da zuvor noch nicht über dieses Kriegsgefangenenlager geschrieben worden war. Neben umfangreichen Rechercheergebnissen zu diesem Lager und seiner historischen Einordnung sind auch zahlreiche Abbildungen zu finden. Die Originale zu den Abbildungen hat Tobias Bank über Jahre hinweg gesammelt, sodass er dazu auch eine öffentliche Dokumentenschau veranstalten konnte.



Eine neue Stele konnte aufgestellt werden

Foto: privat

Veränderung beginnt in Opposition – auch in der abgelaufenen Wahlperiode



Norbert Müller beim Warnstreik bei Mercedes 22. April um 22:30 vor dem bestreikten Mercedes-Werk in Ludwigsfelde (ganz links Norbert Müller) Foto privat

Wie wären die vergangenen vier Jahre wohl ohne eine starke LINKE im Bundestag verlaufen? Hin und wieder werde ich gefragt: „Aber was macht Ihr denn ganz konkret da im Parlament?“. Denn während das Handeln und Nicht-handeln der Regierenden tagtäglich Bestandteil der Berichterstattung ist, liegt unser Tun als Opposition oft im Verborgenen.

Wir recherchieren, analysieren, kritisieren und skandalisieren gegebenenfalls was das Zeug hält und dennoch: wenn es am Ende in einer klassischen Nachricht heißt: „Die Regierung stellte XY vor, Kritik yx kam von der LINKEN“, ist das schon ein Erfolg. Als kinder- und jugendpolitischer Sprecher meiner Fraktion habe ich vor allem das Agieren des Familienministeriums im

Visier. Gemessen an Personal und Ressourcen, ist es ein ungleicher Kampf, dennoch ist es uns immer wieder gelungen, den Finger in die Wunde zu legen. So habe ich als Kinderkommissionsvorsitzender dafür gesorgt, dass die Lage von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie endlich auch Gegenstand parlamentarischer Debatten wurde. Meinen Fraktionskollegen im Finanzausschuss ist es zu verdanken, dass der Wirecard-Skandal um Olaf Scholz mittels eines Untersuchungsausschusses aufgearbeitet wurde. Es sind mitunter sehr dicke Bretter, die wir als Opposition zu bohren haben. Beispiel 1: 1992 stellte die damalige PDS als erste Fraktion den Antrag, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Fast 20 Jahre danach hatte

sich auch die Große Koalition dazu durchgerungen – aber auch in dieser Wahlperiode nicht umgesetzt, was mit uns auch alle Kinderrechtsverbände kritisieren. Leider auf die denkbar ungünstigste Weise.

Beispiel 2: Die Koalition hat endlich eine Grundrente eingeführt, von der vor allem Ostdeutsche und Frauen profitieren werden. Als LINKE fordern wir seit Jahren wirksame Maßnahmen gegen Altersarmut. Und leider verspricht auch die neue Grundrente mehr als sie hält, weil immer noch sehr viele Menschen von ihr ausgeschlossen bleiben. Wer die gesetzliche Rente wirklich stärken will, ist nach wie vor bei uns an der richtigen Stelle!

Die größte Wirkung entfaltet linke Politik aber nach wie vor wo die Einheit von öffentlichen und parlamentarischen Kämpfen gelingt. Beispielhaft dafür ist die Mieter:innenbewegung in Berlin. Sie hat die Politik regelrecht vor sich hergetrieben, sodass es unsere Koalitionären möglich war, den Mietendeckel durchzusetzen. Dieser ist zwar von der unternehmerfreundlichen Auslegung des Bundesverfassungsgerichts gekippt worden. Doch das war hoffentlich erst der Anfang für eine Bewegung, die einen solchen auf Bundesebene durchsetzt.

Wenn es in fünf oder zehn Jahren in der Tagesschau heißt, dass ein Mietendeckel bundesweit eingeführt wurde, werde linke Stimmen mit Sicherheit keine Randnotiz sein.

1 Million im Jahr? Für 255 Brandenburger:innen Realität

255 Einkommensmillionär:innen wohnen in Brandenburg – sagt die Steuerstatistik für 2017. Knapp 700 Millionen Euro haben diese versteuert. Mit 2,7 Millionen Pro-Kopf-Einkommen – damit liegen sie im Unterschied zu den abhängig Beschäftigten ziemlich genau auf dem Millionärsdurchschnitt und deutlich vor dem anderen ostdeutschen Bundesländern. So viel Geld in einem Jahr bekommen die allermeisten ihr ganzes Leben nicht zu sehen. Solche Einkommen werden nicht durch eigene Leistung erwirtschaftet, sondern auf dem Rücken der Arbeit anderer und auf Basis der öffentlichen Infrastruktur. Einkommen und Vermögen der Reichen müssen endlich in die Pflicht genommen werden. Wir fordern die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Vermögensteuer – nicht aus Neid, sondern aus Gerechtigkeit.

Der Bundestagswahlkreis 61 umfasst neben der Stadt Potsdam die zum Landkreis Potsdam-Mittelmark gehörigen Gemeinden Kleinmachnow, Michendorf, Nuthetal, Schiewlowsee, Stahnsdorf, Teltow und außerdem die Stadt Ludwigsfelde

Kontakt zu Norbert Müller: Website: www.norbert-mueller.net Facebook: fb.com/norbert.mueller.dielinke Twitter: @norbert_mdb Instagram: @norbert_mdb Mail: norbert.mueller@bundestag.de Telefon: (030) 227-72329

Nicht nur zum Internationalen Kindertag

Kinder haben eine Menge zu sagen und doch nur wenig zu melden. Die aktuelle Krise zeigt beispielhaft, wie die große Politik vorbei an den Interessen der „Kleinen“ handelt. Am 1. Juni war Internationaler Kindertag. DIE LINKE streitet nicht nur an diesem Tag für die Rechte von Kindern. Wir setzen uns für eine sorgenfreie Kindheit und ohne Armut ein. Wir fordern deshalb u.a. eine Kindergrundsicherung, die unbürokratisch hilft und Eltern vertraut, statt sie zu bevormunden. Gut ausgestattete KiTa-Plätze sind auch acht Jahre nach dem verbindlichen Rechtsanspruch Mangelware. Wir wollen, dass endlich das vorhandene Geld in die Hand

genommen wird: Für KiTas mit guter Betreuung, kleinen Gruppen, gut bezahlten und ausgebildeten Erzieher:innen und ohne Gebühren. Damit Kinder endlich die Beachtung finden, die sie verdienen, müssen ihren besonderen Rechte auch endlich im Grundgesetz Erwähnung finden. Das hat die Große Koalition auch noch verweigert. Nach fünf Jahren Arbeit in der Kinderkommission des Bundestags gebe es noch viel mehr zu sagen. Mehr Infos zu meiner Arbeit als kinder- und jugendpolitischer Sprecher meiner Fraktion finden Sie unter anderem unter: www.norbert-mueller.net.



Einleitung zu unseren vier Spezialseiten



Liebe Leserinnen und Leser,

die folgenden Seiten sehen anders aus, als Sie sie gewohnt sind. Unsere jungen Genossen haben verlangt: Erzählt den Leuten doch nicht, was DIE LINKE und ihre Abgeordneten alles für sie gemacht haben. Fragt sie lieber, was sie von links engagierten Abgeordneten im neuen Bundestag erwarten. Damit meinen wir alle links des bürgerlich-konservativen Blocks – also nicht nur eingeschriebene LINKE, sondern auch alternativen und linken Ideen verbundenen Abgeordnete – progressive Veränderungen brauchen schließlich Mehrheiten, die keiner allein hat.

Wir haben viele Zuschriften bekommen. Dafür vielen Dank. Die Kandidaten bekommen die alle. Was nicht mehr in die MML passt, kommt auf unsere Homepage www.dielinke-pm.de

Das ist die letzte MittelMarkLinks vor den Bundestagswahlen – vielleicht helfen die Meinungsäußerungen bei Ihrer Wahlentscheidung – aber auf alle Fälle: Nutzen Sie Ihr Wahlrecht.

DIE LINKE.
Landkreis Potsdam-Mittelmark

Bürgeranliegen an linke Politik im neuen Bundestag

Rigoroser Politikwechsel!

„Ich erwarte von der Bundestagswahl einen rigorosen Politikwechsel. Ein „weiter so“ darf es nicht geben. Verkrustete Strukturen, versteckte Korruption und Menschen, die sich in Machtspielen verlieren, statt sich konkreten Problemen zu widmen, gehören dann hoffentlich der Vergangenheit an. Ich erwarte in Zukunft einen kompromisslosen Klimaschutz, mehr Diversität, das Bekenntnis zu einem geeinten Europa, einen starken Sozialstaat und faire Löhne – insbesondere in der Pflege und in sozialen Berufen.“

anonyme Bürgerin, Michendorf

Erste Gedanken für ein besseres Deutschland

- Frieden schaffen ohne Waffen
- * Keine Waffenexporte
- * US-Atomwaffen endlich raus aus Deutschland
- Stärkung des ländlichen Raumes durch entsprechende Infrastruktur
- * Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, (moderate Preise; Bürgerbusse; Taktung)
- * Gesundheitszentren auch auf dem Lande fördern
- * Wohneigentum auf dem Land fördern
- Vereinfachung des Bauantragsverfahrens
- Bildung
- * Aufhebung der Kleinstaaterei in der Bildungspolitik – ein Umzug von einem Bundesland ins andere muss ohne Probleme möglich sein; gleiche Abschlüsse; gleiche Rahmenpläne
- * bessere Beratung der Lehramtsstudenten, welche Fächer gebraucht werden
- * Erhöhung des Praxisanteils im Lehramtsstudium – bessere Eignungsfeststellung
- * Schulen sicher machen vor Pandemien – es helfen auch kleinere Klassen stärken
- * „Schulkrankenschwester“ an jede Schule; Schulpsychologen an jede Schule; mehr Sonderpädagogen an jede Schule; jede Schule braucht einen Sozialpädagogen als volle Stelle
- * gleiche und zeitgemäße Standardausstattung in allen Schulen (auch digital)
- Über die Schule hinaus
- * mehr Wertschätzung für das Ehrenamt
- * gleicher Lohn für gleiche Arbeit in

Ost und West sofort – das gilt auch für die Arbeitszeit

- * bezahlbarer Wohnraum – Mietendeckel bundesweit – Spekulationen mit Wohneigentum verhindern
- * Reichensteuer
- * Familien mit Kindern stärken – z.B. Förderung der Gleitzeitarbeit; Verringerung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich; Betriebs-Kitas
- * HARTZ IV abschaffen – es ist genug Arbeit da
- * Abgeordnetenzeit auf maximal 3 Wahlperioden beschränken
- * nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen (Energiekonzept; Verkehrskonzept-Ausbau Schienenverkehr – Güterverkehr auf Schiene; Radwegeausbau; Waldumbau; Straßenalleen; ökologische Landwirtschaft)
- * kommunale Krankenhäuser – Gesundheit darf kein Profitgeschäft sein
- * Bürgerbeteiligung tatsächlich verwirklichen – Voraussetzung ist Transparenz

B.M.; Lehrerin; Bendsdorf

Meine Erwartungen (Forderungen) an die Bundesfraktion

1. Endlich Umsetzung des grundlegenden verfassungsrechtlichen Zieles:
 - Gleichberechtigung und Gleichstellung von Männern und Frauen -
 - Kein Nebenfach in der Bundespolitik!
2. Parität als Kernelement der Demokratie umsetzen.
3. Förderung einer aktiven Gleichstellungsarbeit
 - Gleichstellungsarbeit in ihrer Vielfalt ist soziale Tankstation und
 - Grundvoraussetzung für den sozialen Frieden im Land.
4. Grundlegende Schaffung von Voraussetzungen für Projektförderung durch verlässliche Strukturen und Planungssicherheit für
 - eine nachhaltige Projektarbeit.
 - Vereinfachung der Antragsverfahren
5. Weg vom symbolischen Akt der Wertschätzung
 - Schaffung von klaren Voraussetzungen, dass Frauen- und Familienverbände, Vereine, Ehrenamtlerinnen eine angemessene, dauerhafte Entlohnung erhalten.

*Helga Burgahn
Landesvorsitzende des
Demokratischen Frauenbundes
Landesverband Brandenburg*

Mehr für Kinder und Familien

Gern beantworte ich dir deine Frage, wobei die Antwort nicht als Antwort für den KKEB steht, sondern für meine persönliche Sicht auf die Dinge.

Ich erhoffe und wünsche mir von linker Politik und deren Vertreter:innen mehr Augenmerk auf Kinder und Familien, mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Qualität in Kita und Schule, kleine Gruppen und Klassen, Beitragsfreiheit, mehr Lehrer/ Erzieher für weniger Kinder. Kurzum #Augen auf die Kinder.

*Doreen Selent
Vorstandsmitglied Kreiskitaelternbeirat
Potsdam-Mittelmark*

Soziale Politik statt Lobbyisten

Dass man viele Probleme besser in den Griff bekäme, wenn die Politik nicht auf hochbezahlte Berater und Lobbyisten hören, sondern stattdessen Vorschläge aus der Bevölkerung aufgreifen und umsetzen würde. Und ich bin überzeugt: Es gibt gesellschaftliche Mehrheiten für eine soziale, friedliche und nachhaltige Politik!

K.K. Teltow, Angestellter

Mehr ökologische Politik - aber mit Frieden!

Es wäre ein tolles Zeichen eine grüne Bundeskanzlerin zu haben, aber ich erwarte neben einem ökologischen Umbau auch eine entschiedene Entspannung- und Abrüstungspolitik, in der im Umgang mit anderen Staaten Diplomatie ganz oben steht. Es wäre makaber, umweltfreundlichere Panzer zu fordern, denn ihr Ziel bleibt töten. Menschenrechte müssen überall gewährleistet sein und Verbrechen gegen diese sollten überall gleich geächtet und sanktioniert werden und nicht nach dem, wie die Regierung des jeweiligen Landes gerade zu Deutschland steht...

Grit Gehrau

Bürgeranliegen an linke Politik im neuen Bundestag



Linke Politik braucht Viele!

Mehr soziale Gerechtigkeit für alle Bürger durch:

Bekämpfung der Kinderarmut. Erhöhung des Kindergeldes. Besserer Zugang auch zur weiterführenden Bildung.

Beseitigung der Altersarmut durch Umsetzung der Mindestexistenzrente (1.200 €). Auch durch sozial gerechtere Beträge für die öffentlichen Medien (GEZ), abhängig vom monatlichen Einkommen. Gesetze gegen Mietwucher und primäre Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Verpflichtung für Mietgesellschaften 1/3 ihrer Wohnungen zu sozialen Mietpreisen anzubieten. Eine einheitliche staatliche Krankenversicherung für alle Bürger. Verstaatlichung von Kranken- und Pflegeeinrichtungen: Der Mensch soll wieder im Mittelpunkt stehen, nicht die Gewinnmaximierung. Einheitliche Löhne für Ärzte und Pflegekräfte, die die Wertschätzung deren Arbeit widerspiegeln.

Abbau der umständlichen, oft unverständlichen Bürokratie.

Abschaffung der Einmischung und Bevormundung bei kleinen und mittelständischen Betrieben. Mehr Freiraum für sie. Staatliche Kontrollen nur, wo wirklich nötig.

Förderung der nachhaltig ökologischen Landwirtschaft. Mehr Schutz für Tier- und Pflanzenarten.

Deutliche Förderung des Friedensanstrengungen und Stoppen der Rüstung. Keine Waffen in Krisengebiete.

Aufbauhilfen und Hilfe zur Selbsthilfe in zerstörten Gebieten (kriegs- und umweltbedingt).

Frau K. S., 73 Jahre, Rentnerin, ehem. Krankenschwester

Wo muss die LINKE ansetzen bei der Wahl im September 2021

Wie ich das sehe, werden auf Bundesebene die CDU/CSU oder die Grünen den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten. Wenn beide miteinander koalieren sollten, dann ist die Linke klar in der Opposition. Wenn es aber die Mehrheitsverhältnisse gestatten, ein grün-rot-rotes Bündnis zu schaffen, dann käme die Linke mit in die Regierung. Wie auch immer; eine starke Linke mit möglichst mehr als 12% wäre eine Chance, Akzente linker Politik in die Bundespolitik einzubringen.

Wählerstimmen zu gewinnen könnte vor allem unter den jungen Klimaaktivisten und Demonstranten gelingen, aber auch bei jungen Facharbeitern und Soloselbstständigen und Studenten.

In Ihrem Programm sollte die Linke als einzige echte Friedenspartei unbedingt bei den jetzigen Positionen bleiben: Keine Beteiligung Deutschlands an NATO- Kampfeinsätzen, nicht 2% von Brutto-Inlandsprodukt für Rüstung, sondern für Verbesserung der Lebensbedingungen in den Ländern, aus denen die Flüchtlingsströme kommen. Deutsche und Europäische Hilfe vor

Foto: Bundesparteitag 2018 DIE LINKE

Ort in Afrika, auch in Syrien usw. in Form von Hilfe zur Selbsthilfe, dafür sollte die Linke sich einsetzen! (Mein Traum: Grüner Solarstrom aus der Sahara nach Europa!)

Linke Politik sollte auch weiterhin dafür streiten, dass Daseinsfürsorge (Krankenhäuser, Energieversorgung, Wasser, öffentlicher Verkehr u.Ä.) in die Hand des Staates gehören.

Auch scheint mir ungeheuer wichtig, dass die Linke und ihre gewählten Vertreter sich nicht weiter selbst zerlegen! Wie auch immer die Wahl ausgeht: Wer seine Stimmen (beide!) der Linken gibt, hat die richtige Wahl getroffen!

Helmut K., Kleinmachnow, ehemaliger Geschäftsführer

Meine Gedanken, was sich ändern muss in Deutschland

1. Klimaschutz
 - Ausbau des Schienenverkehrs; stillgelegte Strecken wieder aktivieren, moderate Fahrpreise, Taktung, Güterverkehr auf die Schiene
 - Mitfahrmöglichkeiten über Steuern fördern
 - Ausbau des Radwegenetzes, um stärkere Nutzung des Fahrrades zu fördern
 - alle Verstöße gegen Klimaschutzmaßnahmen müssen rigoros bestraft werden
 - Prüfung Photovoltaikanlagen auf kommunale Wohnhäuser und entsprechende Förderung auch für private oder genossenschaftliche Wohnhaus-

eigentümer

- Verbot des Einsatzes von Pestiziden und Fungiziden

2. Asylpolitik
 - Asylbewerber und Flüchtlinge beschäftigen - für jeden ist Arbeit vorhanden
 - bei Verstößen - konsequente Ausweisung bzw. strafrechtliche Verfolgung
3. Steuern/Finanzen
 - höhere Einkommenssteuern ab Einkommen über 100 000 Euro
 - unterschiedliche Einkommen in Ost und West müssen beseitigt werden
 - bezahlbarer Wohnraum
4. Demokratische Mitbestimmung
 - keine Vetternwirtschaft
 - gründliche Beratung aller die Öffentlichkeit betreffenden Veränderungen in den Kommunen mit entsprechender Bürgerbeteiligung
5. Bildung
 - allen Jugendlichen eine Berufsausbildung - egal aus welcher Klasse sie abgehen

Es gibt noch viel mehr Baustellen, ich habe nur einige erste Gedanken notiert. Wie man aber sieht, liegt mir die Erhaltung unserer Umwelt sehr am Herzen.

K.H.; Rentner; Wusterwitz

Nicht nur reden - lieber handeln!

Mein Name ist Martina Burkart und ich leite einen Intensivpflegedienst mit 65 Mitarbeiter/innen.

Mein Wunsch an die Linke wäre: Menschen in der Politik, die nicht nur reden, sondern handeln

Wir wollen nicht auf Wahlplakate, sondern wollen menschliche, liebevolle Pflege/ Zuwendung für unsere Patienten.

Eine qualitativ gute Ausbildung mit einer angemessenen Vergütung.

Eine Zuzahlung für Patienten sollte ausgeschlossen werden!

Weniger Krankenkassen und weniger Bürokratie!

Die Pflege darf nicht in kürzester Zeit für eine kurze Zeit ein Thema sein!

Aber mein persönlich größter Wunsch an die Politik wäre, zu unterbinden, dass Holdings oder andere Institutionen, Pflegedienste kaufen und leiten, um damit Profit zu machen.

Martina Burkart

Bürgeranliegen an linke Politik im neuen Bundestag

Frauenförderung

Der Demokratische Frauenbund e.V. (dfb) gegründet am 27. Oktober 1990 als Nachfolgeorganisation des DFD – der Landesverband Brandenburg hat aktuell 545 Mitglieder in 24 Basisorganisationen, Hauptzweck des Vereins laut Satzung.

Förderung des demokratischen Gemeinwesens durch die besondere Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, der Familien und auf sozialem Gebiet.

Standorte und Projekte: 20 Standorte. Träger von Projekten wie:

- Frauen und Familienzentren
 - Sozialpsychologische Beratungsstellen
 - Generationsübergreifende Begegnungsstätten
 - ein Bürgerhaus und ein Mehrgenerationenhaus
 - eine Kindertagesstätte
 - Kontaktstelle „Frauen für Frauen“
 - Schwangerenberatungsstellen
- Mehr unter <https://dfb-brandenburg.de/>

Astrit Rabinowitsch (Wiesenburg) ist ehrenamtliche stellvertretende Landesvorsitzende

An erster Stelle - Klimaschutz!

hier einige Gedanken - nur so als Aufzählung geschickt von Matti, 17 Jahre, Gymnasiast, Werder zu seinen Erwartungen an linke Politik

- an erster Stelle steht der Klimaschutz
- umweltschonende Mobilität (Wasserstofftechnologie)
- keine Beteiligung an Kriegseinsätzen, keine Waffenexporte
- mehr Integration, Programme dafür stärker fördern und publik machen
- fundierte inhaltliche Argumentation gegen Angst schürende Thesen der AfD
- klare Abgrenzung gegen Rassismus und jede Form von Ausgrenzung
- stärkere Präsenz linker Positionen in den sozialen Medien wie Instagram, um schneller auf aktuelle Entwicklungen/Positionen/Probleme reagieren zu können.

Matti, 17 Jahre, Gymnasiast, Werder



*Umweltschutz und Klimafreundliche Politik ist eines der top Themen dieser Bundestagswahl
Foto: Sebastian Ganso, Pixabay*

Mehr Würdigung des Ehrenamtes

Ich bin 87 Jahre alt und bin einer der 10 ehrenamtlich arbeitenden in der Kreisverkehrswacht Potsdam-Mittelmark e.V.

In diesem Kreis PM fühle ich mich wohl, ist er doch der Kreis, der seit 1992 stets die niedrigste Arbeitslosenrate von Brandenburg hat. Hier lebt und arbeitet ein fleißiges Völkchen. Nun sagt unser Ministerpräsident vor den Ehrenamtlichen, ich zitiere: „Wenn wir Euch nicht hätten, wäre unser Land viel ärmer“. Recht hat er!

Aber wie ist es um unser Ehrenamt bestellt? Wer tritt in unsere Fußstapfen? Um Nachwuchs zu werben, muss das Ehrenamt aufgewertet und attraktiver werden. Die Ehrenamtsarbeit in unserer „Ich“-Gesellschaft ist jetzt noch wichtiger und nötiger für unser aller Gemeinwesen und sollte durch die Politik mehr Anerkennung finden und stetig gefördert werden. Um es nochmal zu verdeutlichen. Diese Menschen arbeiten in Ihrer Freizeit viele Stunden für unsere Gesellschaft, ohne dafür Geld zu bekommen. Um diese ehrenamtliche Arbeit besser zu würdigen, um so mit in der Gesellschaft eine größere Anerkennung zu erreichen, sollte man diesen Menschen Vergünstigungen gewähren. Zum Beispiel: Jeder Ehrenamtler freut sich, wenn er einen kostenfreien Besuch für Theater oder Museum, für

die Familie bekommt. Wenn er mit seiner Familie ermäßigt mit Bahn, Bus und Straßenbahn reisen kann und so weiter.

Deshalb fordern wir von der Partei die Linken im neu zu wählenden Bundestag im September, dass sie sich für die Belange der ehrenamtlich engagierten stark machen, was alle anderen Parteien bisher nicht getan haben.

*S.M.
Kreisverkehrswacht
Potsdam-Mittelmark e.V.*

Mehr Umwelt- und Naturschutz

Ich erwarte von der Bundestagswahl, das endlich mehr gegen den Klimawandel, mehr für Umwelt- und Naturschutz getan wird. Das der Lobbyismus in Bezug auf die absolute Vorzugsstellung der Wirtschaft eingeschränkt und kontrolliert wird. Ich erwarte mehr soziale Gerechtigkeit und das die Schere zwischen arm und reich nicht noch weiter auseinandergeht. Ich erwarte das die

Schulden aus der Coronapandemie nicht auf die kleinen Steuerzahler umgelegt werden, sondern das endlich große Vermögen entsprechend besteuert werden.

Oliver, Michendorf

Politik nicht für die „da oben“

DIE LINKE muss Politik für die „kleine Frau“ und den „kleinen Mann“ machen. In sozialer Hinsicht kommt es für mich darauf an, die Preise für Strom, Wasser, Abwasser, Öl und Gas zu deckeln. Besonders aber geht es auch darum, dass Wohnraum und Lebensraum für die „kleinen Leute“ geschaffen wird. Und da beziehe ich mich auf das Wahlprogramm DER LINKEN, in dem es heißt, niemandem solle Angst und Bange werden, wenn man an den Lohn, die Miete und die Stromrechnung denkt.

*R.U. (58) Amt Brück,
Angestellte*

DIE LINKE.

Bürgeranliegen an linke Politik im neuen Bundestag



Aufbruch! Ist das Motto

A wie Aufbruch

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der der Mensch, nicht der Profit im Mittelpunkt steht.

Politik ist die Kunst Prioritäten zu setzen. Diese sind bei uns Bildung, Forschung, Innovation, gesunde wirtschaftliche Entwicklung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, Förderung von Kultur, Kunst und gemeinschaftliches Zusammenlebens.

Das heutige System offenbart mit krisenhaften Entfaltungen in vielen Bereichen eine Perspektivlosigkeit, die Fragen der Menschheit zukunftsorientiert zu lösen. Im Jahr der Pandemie wurde wie in einem Brennglas deutlich, dass die Regierenden versagt haben, die Gesellschaft krisenfest zu organisieren und solidarische Strukturen aufzubauen. Wir stehen vor zwei großen Herausforderungen: Wirtschaft und Gesellschaft müssen innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte klimaneutral umgebaut werden und die Folgen von Corona müssen sozial und solidarisch bewältigt werden. Die Parteien, die den Konzernen nahestehen, werden vorschlagen, öffentliches Eigentum zu privatisieren, Reiche und Unternehmen zu entlasten und Sozialausgaben zu kürzen. Es braucht entschlossenes

Handeln, um soziale Ungleichheit zurückzudrängen und Mut, sich mit den Mächtigen anzulegen. Wir haben diesen Mut!

Ein Grundübel der gegenwärtigen Epoche ist der dominierende Militarismus in den internationalen Beziehungen mit enormen Militärausgaben. Rüstung macht die Welt unsicherer und ärmer. Zu einer friedlichen, respektvollen Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern gibt es keine vernünftige Alternative. Die NATO hatte in den 70 Jahren ihres Bestehens keinen einzigen Verteidigungsfall, aber hat selbst Zerstörung und menschliches Leid in die Welt getragen. Wir versprechen konsequente Friedenspolitik. Bundeswehr raus aus Afghanistan, Mali und anderen gefährlichen Einsätzen, die mit Landesverteidigung nichts zu tun haben. - Im Übrigen ist das ein sehr guter Beitrag für Umwelt- und Klimaschutz.

*Jürgen Otremba,
Stahnsdorf, Linke*

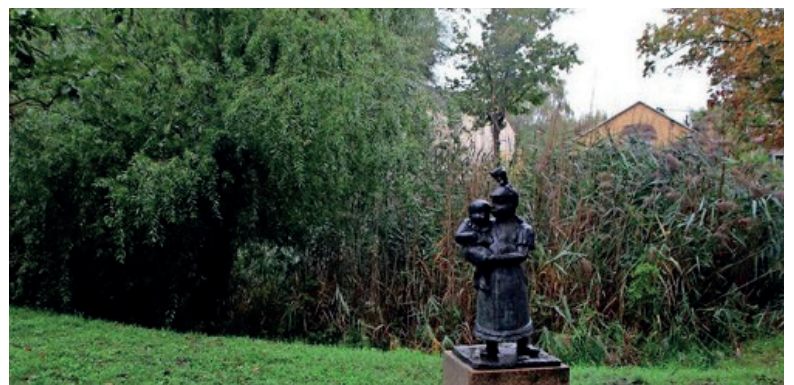
Fortsetzung von Seite 1 - Umfrage Stahnsdorf

hier können Sie lokal direkt auf die Politik Einfluss nehmen – sagen Sie Ihre Meinung zur Zukunft von Stahnsdorf in der Umfrage, die der LINKE Gemeindevertreter Harald Mushack initiiert hat – über die Zukunft Stahnsdorfs, über Themen der Bevölkerungsentwicklung, zum Wohnen, der Entwicklung der innerörtlichen Waldflächen und neuer Grünflächen, zur Bebauungsentwicklung, zu alternativen Wohnformen und hat einen spezifischen Bereich für die Jugend bis einschließlich 25 Jahre.

Bitte beteiligen Sie sich und nutzen Sie diesen Link: (<https://www.umfrageonline.com/s/zukunftstahnsdorf>)

Terminhinweis: Sommerfest in Potsdam

Nach der Coronabedingten Pause im vergangenen Jahr, wird es in diesem wieder bunt im Neuen Lustgarten. Am 21.08. findet ab 13 Uhr das traditionelle Sommerfest der Potsdamer LINKEn statt, natürlich mit dem Direktkandidaten des Wahlkreises – Norbert Müller – Außerdem werden die Spitzenkandidatin Janine Wissler und weitere Vertreter*innen linker Politik erwartet. Gemeinsam mit vielen Vereinen und Initiativen wird es neben den Ständen auch ein abwechslungsreiches Kinderfest und ab 18:30 Uhr Live-Musik geben!



Von A wie Antisemitismus bis Z wie Zionismus

Antisemitismus

ist pauschale Judenfeindschaft und bezeichnet die Gesamtheit stereotyper Vorstellungen gegenüber Jüdinnen u. Juden, die Abwertung, Benachteiligung oder Vernichtung rechtfertigen sollen. Der Begriff wurde erstmals im 19. Jh. von Wilhelm Marr (1819–1904) verwendet, um traditioneller Judenfeindschaft unter Rückbindung an Rassen-theorien einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben. A. ist häufig Teil von Verschwörungserzählungen (z.B. Dominanz der J. in Politik und Wirtschaft) und typischer Bestandteil des Rechtsextremismus sowie anderer extremistischer Ideologien.

Antijudaismus

ist kein Synonym für Antisemitismus. A. steht für die religiös begründete Ablehnung des jüdischen Glaubens und der J. Zu den traditionellen Vorwürfen zählt der „Gottesmord“, d.h. die Kreuzigung Jesu, der im Mittelalter zu Ritualmordlegenden und dem Vorwurf der „Hostienfrevel“ führte.

Zionismus

(von Zion, dem Tempelberg in Jerusalem) bezeichnet die jüdisch-nationale Bewegung im 19. Jh. und gegenwärtige politische Strömungen. Die Gründung des Staates Israels 1948, die Theodor Herzl (1860–1904) in der Schrift Der Judenstaat (1896) andachte, gilt als Realisierung des Z., der heute meist als Kampfbegriff für israelische Besatzungspolitik gebraucht wird. Anti-Z. bezeichnet demgegenüber feindselige Haltungen gegenüber Israel, die bis zur Bestreitung des Existenzrechts reichen und von Antisemitismus nicht zu unterscheiden sind.

„Im Zweifelsfall bin ich immer zuerst Gewerkschafter und dann erst Partei“



Das ist die ganzen Jahre das Leitmotiv für Andreas Bernig gewesen. Jetzt wurde er mit der höchsten Auszeichnung des Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), die Hans-Böckler-Medaille, geehrt.

Gleich nach dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten wirkte

er als Gewerkschafter der ersten Stunde am Aufbau der neuen Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Brandenburg mit. Bis 2018 arbeitete er als Vertreter im Geschäftsführenden Landesvorstand, war jahrelanger Vorsitzender des Polizei-Hauptpersonalrates. Das Brandenburgische Personalvertre-

tungsrecht – eines der besten in der Bundesrepublik – trägt auch seine Handschrift. Der Landesvorsitzende der GdP Brandenburg, Andreas Schuster, über ihn: „Andreas Bernig war und ist Gewerkschafter durch und durch. Er hat entgegen einiger Kritiker den Spagat zwischen seinem Landtagsmandat für die LINKE und seiner Funktion in der Gewerkschaft der Polizei gemeistert. In erster Linie war er aber immer Gewerkschafter.“ Man muss aber auch den ehrenamtlichen Vertreter der Bürger in der Gemeindevertretung Kloster Lehnin, den Kreistagsabgeordneten der Linken – und genau so den Sprecher für ein Tolerantes Brandenburg erwähnen. Erst alles zusammen gibt ein Bild von seinem Engagement. Herzlichen Glückwunsch lieber Dr. Andreas Bernig zu dieser Auszeichnung!

Timo Ritter

PS: Herzlichen Dank auch von der Redaktion der MML an den zuverlässigen Autor der MittelMarkLinks, der regelmäßig auf einer halben Seite über das Geschehen im Landtag berichtete.

Kleinigkeiten?? Da soll man sich nicht so haben??

In der Borkwalder Gemeindevertretersitzung am 19. Mai lehnten der Bürgermeister, fast die gesamte Wählergemeinschaft Borkwalde und der AfD-Vertreter den Antrag der Fraktion Links-Grün und des SPD-Vertreters ab, folgende Kriterien für die Benennung von Straßen und öffentlichen Einrichtungen zugrunde zu legen: Frieden, Weltoffenheit, Völkerverständigung, Völkerfreundschaft, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz, Antifaschismus, entschiedene Gegnerschaft zu Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Chauvinismus und Sexismus. Begründung: das seien alles Selbstverständlichkeiten! Ist das so? Wenn wir uns im Lande umschauchen? Und warum reiht das Grundgesetz solche Selbstverständlichkeiten aneinander wie: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Diese Selbstverständlichkeit steht nicht irgendwo, sondern im allerersten Artikel. Keine Antwort bei der Mehrheitsfraktion – was auch eine Antwort ist.

In Stahnsdorf hatte ein Kreistagsabgeordneter aus der FDP-Fraktion Ende Mai zu einer Solidaritätskundgebung

für Israel eingeladen. Es kamen auch deutlich erkennbare AfD-Vertreter – scheinheilig in Israel-Fahnen gehüllt. Keiner der Redner – ob Bürgermeister, Vertreter der Deutsch-Israelischen Gesellschaft noch die Bundestagsspitzenkandidatin der Freien Demokraten, Linda Teuteberg, gingen nur mit einem Wort auf die so offensichtlichen Wölfe im Israel-Fahnen-Schafspelz ein. Dem Gemeindevertreter der Linken wurde sein Beitrag versagt. Demokraten benehmen sich hier wie Schafzüchter, die den Wölfen die Gatter öffnen, denn, das andere Wölfe früher Schaf gerissen haben, kann man ja nicht allen Wölfen vorwerfen und man kann ja nicht davon ausgehen, dass sie, nur weil sie Wölfe sind, böse Absichten haben...

—
Nachtrag über eine positive Entwicklung in der Sache:

Die Zufahrtsstraße zu dem privaten Hoffbauer – Gymnasium in Glindow soll „Resi-Salomon-Straße“ heißen. (MML berichtete) Der Vorschlag der LINKEN für einen Erläuterungstext zu dem Straßennamen: „Bis 1938

Glindower Obstzüchterin – als Jüdin 1942 von den Nazis deportiert und ermordet“. Sonst demokratisch gesinnte Mitglieder des Ortsbeirats hatten Bedenken, ob man „als Jüdin“ schreiben soll und ob auch die „Nazis“ als die Täter benannt werden sollen. Unsere Vertreterin setzte in der dazu anberaumten Sondersitzung des Ortsbeirats die Tatsachen dagegen, dass Resi Salomon eben genau „als Jüdin“ ermordet wurde und die Täter deutlich benannt werden müssen. Danach konnte sie berichten: „Der Ortsbeirat Glindow hat in seiner Sondersitzung ... ausführlich, aber sehr sachlich diskutiert. Ich habe darauf bestanden den historischen Bezug herzustellen und die Täter zu benennen. Das ist nun herausgekommen: „Jüdische Mitbürgerin (geb. 1891), betrieb eine Gärtnerei in Glindow, 1942 zur Zeit des NS Regimes deportiert und ermordet.“ Es zeigt, man muss nicht ausweichen: ausführlich, aber sachlich diskutieren, den historischen Bezug deutlich herstellen...

Thomas Singer

MML hat gefragt: Wofür wollen sich die neu gewählten Kreisvorstandsmitglieder zukünftig engagieren ?



Simon Behling – neuer, stellvertretender Kreisvorsitzender: für eine bessere Vernetzung der Mitglieder untereinander, aber auch mit der Zivilgesellschaft.

Einsatz für breite Bündnisse zur Lösung aktueller Probleme vor Ort. DIE LINKE. hält weiterhin an ihren friedenspolitischen Grundsätzen fest.

Renate Krüger – neue Kreisschatzmeisterin: für die Verbesserung der Finanzausstattung finanzschwacher Gemeinden durch die Förderung von Vorhaben der Daseinsvorsorge (Beibehaltung des Kreis-Entwicklungsbudgets in Höhe von 3 Mill. € und der Kinder-Jugend-, und Kulturförderung).

Ilona Lehnert – neues Mitglied: für eine lokale Verankerung der DIE LINKE in Potsdam-Mittelmark, die wieder stark wird und politikfähig bleibt, für die Gewinnung neuer Mitglieder zur Verstärkung der Partei mobilisieren. Unterstützung der Arbeit des Kreis-

vorstandes auf den Gebieten des Wirtschafts-, Finanz- und Steuerrechts.

Bernd Lachmann – erfahrenes Mitglied: Einsatz dafür, dass DIE LINKE sich a) nicht von ihrer konsequenten Haltung in der Außenpolitik – insbesondere die Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und das Verbot von Waffenexporten – abbringen lässt und b) für die Umsetzung des alten Bundestagsbeschlusses, die US-Atomwaffen aus Deutschland abzuführen, denn seit Januar 2021 ist der UN-Atomwaffenverbotsvertrag geltendes Völkerrecht.

Thomas Singer – erfahrenes Mitglied: als lang gedientes Kreisvorstandsmitglied dem neuen Vorstand beim reibungsarmen Übergang unterstützen. Ich werde immer darauf achten, uns nicht selber in der „linken Blase“ zu isolieren. Einsatz für die Öffentlichkeitsarbeit des Kreisverbandes, ob Homepage, in Facebook oder unserer

vierteljährliche Kreiszeitung „MittelMarkLinks“ oder die klassischen Pressemitteilungen.

Beate Koch – erfahrenes Mitglied: für die Erhaltung des Friedens, für die Integration der Flüchtlinge, für die Gewinnung junger, aktiver Mitglieder, für die bewusste Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, auch um nicht zuzulassen, dass rechte Kräfte jemals wieder an die Macht kommen.

Christoph Jantc – neuer Kreisgeschäftsführer: für eine stärkere und bessere Vernetzung und Zusammenarbeit innerhalb des Kreisverbandes und Zusammenarbeit mit den Verbänden Potsdam, Brandenburg und Havelland sowie Verbindung und Vernetzung mit Bildungseinrichtungen bis hin zu den Universitäten und Hochschulen, für eine bessere Attraktivität für junge Erwachsene (Digitaler Aufbau für Organisation und Mitarbeit; Veranstaltungen mit „zukunftsorientierten Fragen“)

Ein Dutzend Gründe, die LINKE zu wählen



Reichtum gerecht verteilen DIE LINKE.

- Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 13 Euro bundesweit
- Umsetzung des Vergabemindestlohn von 13 Euro in allen Kommunen und im Kreis
- Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören in öffentliche Hand. Gesundheit, Pflege, Bildung, Erziehung, Wasser- und Energieversorgung, sozialer Wohnungsbau, Nahverkehr
- Krankenhaus Bad Belzig wieder in kreisliche öffentliche Hand überführen
- Einführung eines bundesweiten Mietendeckels und Senkung von „Wuchermieten“
- Gründung einer im gesamten Kreis wirkenden Wohnungsgesellschaft der öffentlichen Hand
- Jährlich sind 250.000 Sozialwohnungen bundesweit neu zu bauen
- Im Kreis Potsdam Mittelmark sind jährlich mindestens 1.000 Sozialwohnungen zu bauen
- Deutliche Senkung der Ausgaben für Militär und Rüstung
- Deutliche Steigerung der Ausgaben für Nahrung, Bildung und Gesundheit in Ländern mit Hunger
- Konsequenter Klimaschutz für mehr Lebensqualität und Erhalt der Lebensgrundlagen künftiger Generationen
- Stadtwerkegründung in Raum Teltow-Kleinmachnow-Stahnsdorf vorantreiben

Interview mit dem neuen Kreisvorsitzenden

Am 10. April hat die LINKE PM sich einen neuen Kreisvorstand gewählt. Das Team steht deutlich für eine neue Profilierung. Der neue Vorsitzende, Harald Mushack sagte der MML dazu:

H.M.: Bis vor Kurzem war ich noch Unternehmer mit zeitweise bis zu 90 Mitarbeitern, die tagtäglich über 2.000 Kinder und Seniorinnen und Senioren pünktlich mit Mittagessen versorgten. Den Staffeltab habe ich an die nächste Generation weitergegeben und habe seit Anfang 2020 mehr Zeit für mein Engagement im Territorium. Dem stelle ich mich, indem ich die Verantwortung als Kreisvorsitzender vor gut 2 Monaten übernommen habe.

MML: Nur ein neuer Kopf an der Spitze?

H.M.: Das Profil wird sich sicher auch

verändern, weil jetzt zwei Studenten Führungsfunktionen übernommen haben: Simon als mein Stellvertreter, Christoph als Kreisgeschäftsführer. Mit der neuen Kreisschatzmeisterin Renate, einer ehemaligen Bürgermeisterin, können wir auf konkrete kommunale Erfahrung zurückgreifen. So wie ich war Ilona bis vor Kurzem Unternehmensberaterin und hat viele Kenntnisse von wirtschaftlichen Prozessen.

MML: Wurden in den fast zwei Monaten schon inhaltlich Pflöcke eingeschlagen?

H.M.: Ein neues Team findet sich nur über die Diskussion von Inhalten und Zielen. Wir wollen die große Politik für unsere Mitmenschen in konkrete regionale Ansätze und das in verständlicher Sprache übersetzen.

(MML:Schwerpunkte hat er in seinem Kommentar auf Seite 1 ausgeführt).

MML: ... und die Umsetzung?

H.M.: Dafür brauchen wir viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Darum werden wir alte Netzwerke reaktivieren und auch neue knüpfen – z.B. zu den LINKEn der Nachbarkreise und nach Potsdam und Brandenburg. Unser neuer Kreisgeschäftsführer Christoph arbeitet hart daran, die Kommunikation bis zum letzten Mitglied zu qualifizieren. Auch die Kommunalvertreterinnen und -vertreter mit ihrem Wissen, „wo der Schuh drückt“ brauchen wir noch konkreter. Unbedingt wollen wir immer ansprechbar für die Amtsdirektoren, die Bürgermeister, die Ortsbeiräte und natürlich Bürgerinitiativen sein – für alle, die etwas verändern wollen.

Ein Service für unsere Leser - Anleitung: wie wählen?



Sie bekommen rechtzeitig vor der Bundestagswahl per Post ihre Wahlbenachrichtigung

Haben Sie drei Wochen vor dem Wahltag, dem 26. September 2021, also bis zum 6. September noch keine Wahlbenachrichtigung bekommen, melden Sie sich bei ihrer Stadt, Gemeinde oder dem Landkreis!

Am Wahltag gehen Sie mit Ihren Personalausweis oder Reisepass und möglichst auch Ihrer Wahlbenachrichtigung in Ihr Wahllokal. Sie dürfen auch wählen, wenn Sie Ihre Wahlbenachrichtigung verloren haben.

Ist Ihr zuständiges Wahllokal nicht barrierefrei, können Sie in einem anderen Wahllokal wählen. Wie Sie ein barrierefreies Wahllokal finden,

steht auf der Wahlbenachrichtigung. Für dieses Wahllokal müssen Sie aber einen Wahlschein bei Ihrer Gemeinde beantragen.

Briefwahl

Wenn Sie am 26. September nicht zum Wahllokal gehen können, weil z.B. am Wahltag im Urlaub oder krank sind, dann können Sie vor dem Wahltag per Post oder im Wahlamt wählen.

Briefwahl müssen Sie zuerst beantragen. Füllen Sie dazu die Rückseite der Wahlbenachrichtigung aus. Schicken Sie die Wahlbenachrichtigung zurück an die Wahlbehörde. Die Adresse steht auf der Wahlbenachrichtigung. Sie können die Briefwahl auch im Internet beantragen. Die Wahlbehörde schickt

Ihnen dann die Unterlagen zur Wahl zu. Schicken Sie Ihren Wahlbrief spätestens drei Tage vor der Wahl ab.

Sie haben zwei Stimmen: die Erststimme für die oder den Direktkandidaten/Direktkandidatin – wer von den Bewerberinnen und Bewerbern um das Direktmandat die meisten Stimmen hat, ist gewählt, egal, wie viele Stimmen seine Partei bekommt. Für die LINKE tritt Tobias Bank im Wahlkreis 60 und Norbert Müller im Wahlkreis 61 an.

Die Zweitstimme ist wichtiger als die Erststimme. Sie ist entscheidend dafür, wie viele Sitze eine Partei im Bundestag bekommt. Sie wählen keinen Namen von der Liste, sondern die

Landesliste der jeweiligen Partei.

Insgesamt machen Sie also zwei Kreuze: Ein Kreuz für die Erststimme und ein Kreuz für die Zweitstimme!

Mit der Erststimme wählen Sie eine Person aus Ihrem Wahlkreis.

Mit der Zweitstimme bestimmen Sie das Verhältnis der Parteien im Bundestag mit. Sie wählen also, welcher Partei Sie mehr Gewicht im Bundestag geben wollen.

Quelle: einfach POLITIK: Bundestagswahlen – Wie Sie wählen können (bpb.de)



30 Jahre Arbeitsgerichtsbarkeit: Arbeitsgerichte stärken



Zum 30. Geburtstag der Arbeitsgerichtsbarkeit in Brandenburg erklärt die rechtspolitische Sprecherin Marlen Block:

Herzlichen Glückwunsch allen Richterinnen und Richtern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Geschäftsstellen, ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern und allen Kolleg*innen, die seit dem 1.7.1991 mit großem persönlichen Einsatz eine bürgernahe, effektive und schnelle Arbeitsgerichtsbarkeit aufbauten.

Sie haben so ein Aushängeschild der Brandenburger Justiz geschaffen. Mit ihren Entscheidungen und ihrem Engagement – auch in schwierigen Zeiten – sorgten sie für Gerech-

tigkeit und für eine Sicherung der Arbeitnehmer*innenrechte im Land. Dafür möchte ich meinen Dank und meinen großen Respekt zum Ausdruck bringen.

Zugleich bedaure ich zutiefst, dass ausgerechnet in diesem Jubiläumsjahr das Aus für die Gerichtsstandorte in Potsdam und Senftenberg beschlossen wurde. Die Linke wird weiter dafür streiten, dass die Arbeitsgerichtsbarkeit in Brandenburg auch noch weitere Jahre ihre wichtige gesellschaftliche Aufgabe mit Fach- und Sachkenntnis erfüllen kann – mit der ihr eigenen besonderen Bürgernähe und Schnelligkeit.

Foto: Ben Gross

Digitalisierung und Klima müssen wir zusammen denken!



Anke selber bei der Herstellung von CO₂-Ampeln. Sie zeigen an, wann im Klassenraum gelüftet werden sollte. Dazu werden im Fürstenberger Verstehbahnhof alte USB-Kabel wiederverwendet. Recycling und Upcycling von Elektronikschrott gehören zu nachhaltiger Digitalisierung.

Bevor ich zum Bahnhof aufbreche, werfe ich noch einen Blick auf die Bahn-App, denn manchmal zeigt sie mir an, dass mein Zug verspätet ist. Dann setze ich mich wieder hin, trinke noch eine Tasse Tee und stehe mir nicht am Bahnhof die Beine in den Bauch. Bevor ich Wäsche im Garten aufhänge, checke ich das Regenradar auf dem Handy, denn ich will ja nicht, dass ein Regenschauer meine Wäsche noch nasser macht. Solche Informationen sind heute in Echtzeit verfügbar, wir alle schätzen sie. Was dabei vergessen wird, sind die Prozesse, die im Hintergrund nötig sind, um sie uns jederzeit anzuzeigen. Wie viel Energie- und Rohstoffverbrauch die kleinen Hosentaschen-Computer und die unsichtbaren Rechenzentren, auf denen all diese Daten verarbeitet werden, verursachen, ahnt man beim Wischen über den Bildschirm nicht.

Fakt ist: die Digitalisierung trägt erheblich zur Klimakrise bei. Ihr Beitrag ist schon so hoch wie der zivile Luftverkehr. Viel CO₂ verursacht die Herstellung der Geräte, gefolgt vom Energieverbrauch durch ihre Nutzung. Auf dem Digitalgipfel 2020 rechnete EU Kommissionspräsidentin von der Leyen vor, dass wir so viel CO₂ einsparen könnten, wie eine Million Autos ein Jahr lang ausstoßen, wenn wir unsere Smartphones in Europa ein Jahr länger nutzen würden.

Deshalb ist das Recht auf Reparatur wichtig. Verschleißprodukte wie ein Akku dürfen nicht fest verbaut sein, sondern müssen leicht auswechselbar sein, damit man mit einem neuen Akku auch ein Handy länger nutzen kann. Reparaturanleitungen und Ersatzteilspezifikationen sollten Hersteller offen legen und unabhängigen Fachleuten oder Nutzer:innen selbst Reparaturen

ermöglichen. Es ist doch absurd, dass der Wechsel eines Handydisplays über eine Hersteller-Vertragswerkstatt 100 Euro kostet, wenn ein Ersatzdisplay für wenige Euro käuflich ist. Wenn die Hürden für Reparaturen gesenkt werden, erledigen sich viele unnötige Neukäufe, das ist nicht nur gut für das Klima, sondern auch für den Geldbeutel.

Außerdem fordert die Linksfraktion eine Mindestupdatepflicht für Software, denn wenn es für Software keine Updates mehr gibt, wird ein IT-Gerät zum Sicherheitsrisiko und kann zu einem Neukauf zwingen, obwohl die mögliche Nutzungsdauer viel länger ist.

Auch mit der Art der Nutzung von IT-Geräten nehmen wir Einfluss auf unseren CO₂ Fußabdruck. Viele Menschen ahnen nicht, dass es einen riesigen Unterschied macht, ob sie große Datenmengen wie ein Video mit Handynet, WLAN oder über einen Glasfaseranschluss laden. Glasfaser ist viel energieeffizienter als WLAN, WLAN ist effizienter als das Handynet. Unterschiede gibt es auch bei Handynetzen: 5G verursacht viel weniger CO₂ als 4G, und 4G ist immer noch besser als 3G. Wer viel streamt, sollte das berücksichtigen.

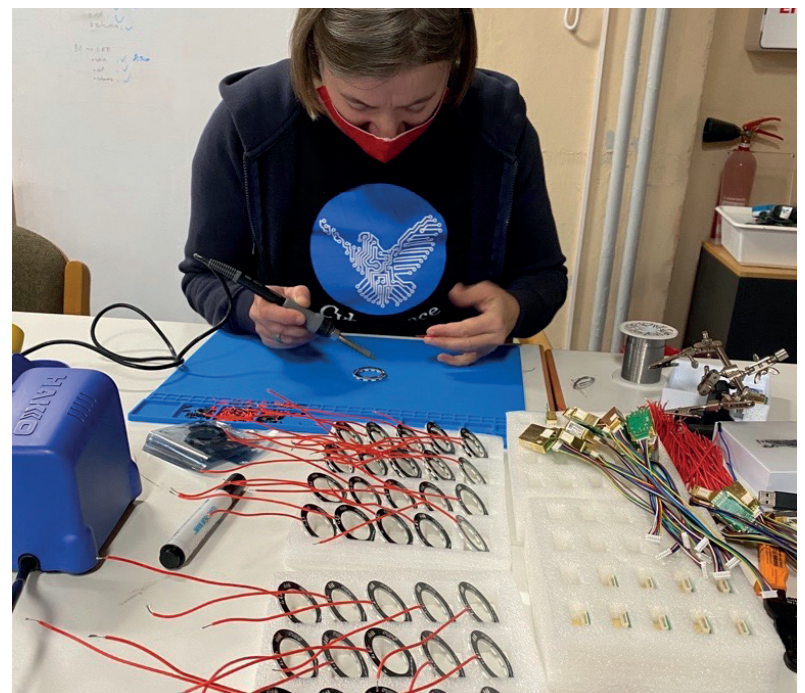
Neue Technologien wie 5G oder Glasfaser können also CO₂ einsparen helfen, aber oft werden solche Einsparungen wieder aufgebraucht durch mehr Konsum, der wieder schlecht ist für das Klima: größere Endgeräte und Daten-

mengen durch höhere Auflösungen bei Videos oder intensivere Nutzung.

Wir müssen lernen, elektronische Geräte klimabewußter zu nutzen. Endloses Wachstum können wir uns einfach nicht leisten, denn Ressourcen sind endlich und unser Planet verletztlich. Deshalb ist die Nachhaltigkeit der Digitalisierung einer meiner politischen Schwerpunkte.

Ich möchte auch dazu beitragen, dass die öffentliche Hand selbst als gutes Beispiel voran geht, um ihrer Verantwortung für den eigenen CO₂-Fußabdruck gerecht zu werden. Die öffentliche Beschaffung sollte daher strengen sozial-ökologischen Vorgaben unterliegen. Die Abwärme von Rechenzentren des Bundes sollte für die Heizung von Gebäuden oder in der Nah- und Fernwärmeversorgung genutzt werden. Natürlich sollten Rechenzentren auch ihren Stromverbrauch nur aus erneuerbaren Energien decken und durch effiziente Technologien den Verbrauch minimieren. Um genauer zu erfahren, was die Bundesregierung für eine nachhaltige und klimaverträgliche Digitalisierung unternimmt, habe ich eine Kleine Anfrage gestellt. Über die Antworten kann ich in ein paar Wochen berichten.

Anke Domscheit-Berg
Mitglied des Bundestags
Fraktion DIE LINKE



Buchempfehlung



Die Stiftung Kulturland Brandenburg hat 2020 u.a. die Heimatvereine aufgerufen, Beiträge zum Thema Krieg und Frieden zu verfassen. Die Aufarbeitung der Beziehungen zwischen den Stahnsdorfern und der Sowjetarmee für die Zeit von 1945 - 1992 soll ein Beitrag dazu sein. Die Broschüre, die am 80.Jahrestag des Überfalls der Wehrmacht auf die Sowjetunion erscheint, will mit vielen Fakten und gestützt auf konkrete Erlebnisse auch das gegenseitige Verständnis für die Interessenlage des jeweils anderen Partners fördern.

Impressum

Herausgeber:

k² Potsdam, PR- und Kommunikationsberatung

V.i.S.d.P.: Stefan Wollenberg

Tel. 0331 - 86 749 883;

Fax 0331 - 86 749 882;

E-Mail: mml@k2-potsdam.de

Internet: www.dielinke-pm.de

Redaktion, Layout&Satz:

k² Potsdam

Druck: Nordost-Druck GmbH

Auflage: 20.000

erscheint 4x jährlich

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

Historisches Kalenderblatt: 1. September Weltfriedenstag

Der Kampf für den Frieden, gegen den Krieg in jeder Form, hat eine lange Tradition. In Erinnerung an die Gräueltaten des I. Weltkrieges rief die von Bertha von Suttner mitgegründete Deutsche Friedensgesellschaft dazu auf, alljährlich den 1. August als Antikriegstag zu begehen. „Nie wieder Krieg“ stand auf dem von Käthe Kollwitz entworfenen Plakat. Unter diesem Motto rief der DGB in der Bundesrepublik dazu auf, den 1. September, den Beginn des II. Weltkrieges, alljährlich als Antikriegstag zu begehen. Die Aktivitäten aus diesem Anlass wurden von einem breiten politischen Bündnis getragen. In der DDR wurde seit den fünfziger Jahren der Weltfriedenstag mit verschiedenen Veranstaltungen offiziell als Gedenktag begangen.

Seit 1968 begeht die katholische Kirche weltweit den 1. Januar als „Weltfriedenstag, als Hochfest der Gottesmutter, in jedem Jahr unter einem aktuellen Thema, das vorab vom Papst als Weltfriedensbotschaft verkündet wird. Seit der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1981 wird der 21. September offiziell alljährlich als Weltfriedenstag, als Tag des Waffenstillstands und der Gewaltlosigkeit begangen.

Obwohl es in Mitteleuropa seit inzwischen 76 Jahren keinen „heißen“ Krieg gab, ist die Welt trotz vielfältiger Bemühungen kaum sicherer geworden. Die atomare Bedrohung besteht weiter, man versucht lokale und regionale Konflikte mit Gewalt zu lösen, religiöse Unterschiede dienen als Vorwand für Kriege, mit militärischer Gewalt versucht man anderen Völkern seinen Willen aufzuzwingen, Stellvertreter-



kriege werden vom Zaun gebrochen. Immer geht es um Macht, Profit oder Rohstoffe, das Schicksal der Menschen spielt kaum eine Rolle. Wann endlich setzt sich die Erkenntnis durch, dass man mit militärischer Gewalt auf Dauer keines der Probleme der Welt lösen kann. Nur der friedliche Ausgleich der Interessen kann die Grundlage für die Lösung von Konflikten sein. Das trifft auch auf die aktuelle Zuspitzung des Nahost-Konflikts zu. Als Linke können wir uns nicht auf eine Seite stellen, man muss sowohl gegen Antisemitismus als auch gegen Islamfeindlichkeit, für Toleranz und Frieden auftreten. In den letzten Jahren fanden im Zusammenhang mit dem Weltfriedenstag auch in unserer Region zahlreiche Veranstaltungen statt, die von den Lin-

ken initiiert oder mitgetragen wurden. Jeder sollte auch in diesem Jahr alle Möglichkeit nutzen, gegen eine Politik des Säbelrasselns, gegen Einsätze deutscher Truppen im Ausland, gegen Rüstungsexporte, gegen den von deutschem Boden aus gesteuerten US - amerikanischen Drohnenkrieg und gegen die in Büchel stationierten Atomraketen der USA demonstrieren. Diese sollen jetzt sogar noch modernisiert werden. Was spricht denn dagegen, aus der NATO eine wirkliche europäische Verteidigungsgemeinschaft mit demokratischer Kontrolle und dem möglichen Einschluss aller europäischen Staaten zu entwickeln? Nach einigen Äußerungen Stalins am Beginn der fünfziger Jahre dazu, stellte die sowjetische Führung übrigens im März 1954 ganz offiziell einen Antrag zur Aufnahme in die NATO, verbunden mit einem europäischen Sicherheitsvertrag, der allerdings von der NATO - Führung abgelehnt wurde. Der konsequente Kampf für den Frieden sollte gerade im Vorfeld der Bundestagswahl als wichtiges Alleinstellungsmerkmal der Linken sichtbar werden.

Dr. Hans-Joachim Koch



Ein Hinweis zum Schluss

Die Mittelmark LINKS erfreut sich inzwischen großer Beliebtheit im Kreis. Da 20.000 Druckexemplare nicht ausreichen, um alle Haushalte zu versorgen, geben Sie Ihr Exemplar gern weiter, wenn Sie es gelesen haben! Und wenn Sie mal selbst keins abbekommen haben, finden Sie die aktuelle Ausgabe auch im Internet:

<http://www.dielinke-pm.de/kreisverband/kreiszeitung/>